Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 10 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung
Tägliche Rundschau

Dienstag
9. Oktober 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst täglich zweimal täglich. Preise 60 Mill. M. für die Woche vom 7.—13. Okt.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder ähnlichen Ereignissen hat der Bezieher weder Anspruch auf Nachlieferung noch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für Anzeigen gilt: Die 35 mm breite mm-Zeile mal Schlußfaktor. Besondere Anzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

9. 10. m Nr. 467 10 Mill.
62. Jahrgang.

Anzeigen-Schlußfaktor heute 100 000.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Zentrum 3287
Perser-Teppiche
Handgeknüpfte Orient. Teppiche
Ankauf zu gerechten Preisen
Orient. Teppichlager

Gegen die Legende!

Vor einigen Tagen wiesen wir bereits auf ein Trick hin, mit dem sich ein gewisser Teil der Berliner Presse mit der Kabinettskrise beschäftigte. Um die Aufmerksamkeit von den wahren Zusammenhängen abzulenken, erhob sie wie auf ein mot d'ordre den Aufstimmen ist schuld! Herr Bernhard von der „Vossischen Zeitung" im besonderen hat im Sonntags-Leitartikel seines Blattes unter der Ueberschrift: „Diktatur Stinnes?" eine derartige Flut erlogener und durchsichtiger Kraftsprüchen aufgestellt, daß es wirklich an der Zeit ist, auch einmal die Tatsachen wieder sprechen zu lassen. Denn kommt: Die Montagsspätausgabe in ihrer Wahrheit ist schon seit längerer Zeit eine wahre Landplage für die Berliner Zeitungsleser. Was aber gestern in diesem Leitartikel zum Thema: „Stinnes ist schuld", zu lesen war, überstieg jedes zulässige Maß. Wir haben uns daher an Herrn Hugo Stinnes persönlich gewendet mit der Bitte, zur Sache das Wort zu ergreifen, und Herr Stinnes war so liebenswürdig, uns folgende Zeilen zu senden:

*

Das Treiben der Linkspresse, einschließlich demokratischer Blätter und auch der „Germania", nimmt Formen an, die es auch mir zweckmäßig erscheinen lassen, die Vorgänge der vergangenen Woche für die Außenstehenden, die man offenbar irreleiten will, aufzuhellen.

Am 20. September sagte in Nunnenkönigsborn ein wohl vollzähliger Versammlung der Vertreter des Ruhrkohlenbergbaues, die in Anbetracht der heutigen Lage, d. h. in der brennenden Not des Vaterlandes, folgenden Beschluß einstimmig gefaßt hat:

„Königsborn, den 20. September 1923.

„Die heute im Kurhaus Königsborn zugunsten Versammlung der Zechenbesitzer des Ruhrbezirks fast einstimmig folgenden Beschluß:

Die Kohlenpreise des Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbaues stehen mit 38 Goldmark für Zeitfördercokle weit über dem Weltmarktpreise. Durch die im Reichsarbeitsministerium zugebilligten 75 % Lohnerhöhung für die Woche vom 24. bis 30. September tritt eine derartige weitere Verteuerung der Selbstkosten ein, daß die verbrauchende Industrie Deutschlands bei den dadurch bedingten Kohlenpreisen zum Erliegen kommen muß. Die Zechen des unbesetzten Gebietes sind nicht in der Lage, aus eigenen Mitteln irgend einen Lohnzuschlag zur Auszahlung zu bringen.

Infolgedessen haben die Ruhrzechen des unbesetzten Gebietes beschlossen, die durch den Schiedsspruch vorgesehene Lohnerhöhung von 75 % nicht zu zahlen. Wenn die Kohlenpreise, wie beantragt, in Wegfall kommen sollte, sind sie bereit, eine entsprechende Nachzahlung zu machen.

Die Zechen des besetzten Gebietes werden gemäß den Vereinbarungen mit dem Reichsfinanz-, arbeits- und wirtschaftsministerium die erhöhten Löhne bis zum 7. Oktober zahlen.

Da es unmöglich ist, bei einer Preisbasis von 38 Goldmark die deutsche kohlenverbrauchende Industrie derartig in Gang zu halten, daß sie in der Ausfuhr konkurrenzfähig bleibt, da andererseits die Mittel der Kohlenindustrie vollständig erschöpft sind, so sind die Zechen des Ruhrkohlenbezirks genötigt und entschlossen, zur Erhaltung der Produktionskraft des Bergbaues, im Interesse der verbrauchenden Industrie Deutschlands und zur Erzielung einer unbedingt notwendigen Ausfuhr die Arbeitszeit vom 8. Oktober ab für die Zeit der jetzigen Verhältnisse so zu verlängern, wie sie vor dem Jahre 1914 bestand, d. h. auf 8 Stunden ausschließlich Ein- und Ausfahrt. Wie ganz allgemein in Deutschland die Arbeitsleistung wieder den Friedensstand erreichen muß, so muß auch der Bergbau wieder das Anderthalbfache der jetzigen Leistung erreichen.

Gleichzeitig mit dieser Verlängerung der Arbeitszeit soll eine Ermäßigung der Kohlenpreise von 6 Goldmark pro Tonne in der ersten Woche eintreten. Nachdem die Bergbesitzer sich an die neuen Verhältnisse gewöhnt haben und die Materialpreise entsprechend gesunken sind, müssen die Kohlenpreise in kurzer Frist auf den Weltmarktpreis, der zurzeit 22 Goldmark beträgt, gesenkt werden, denn bei ist die Grenze, bei der die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig bleibt. Ausfuhr industrieller Erzeugnisse ist aber die einzige Möglichkeit, Deutschland zu ernähren.

Im Rahmen dieser zur Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens unumgänglichen Maßnahmen ist, wie erwähnt, kein Platz für die Kohlensteuer und ebensowenig für die Betriebssteuer, die gerade im Bergbau als eine unerträgliche Vorbelastung der deutschen Industrie wirkt.

Der Beschluß spricht für sich selbst. Indessen sei es mir gestattet, hervorzuheben, daß der Ruhrkohlenbergbau, dem sich insgesamt der gesamte deutsche Bergbau anschließt, im Interesse der verarbeitenden Industrie und des deutschen Exportes eine Ermäßigung der Kohlenpreise für unbedingt erforderlich angesehen hat.

Man vergleiche damit, was Herr Bernhard über die unerhörte „Preistreiberei" der Schwerindustrie äußert:

Es bedarf keiner Erwähnung, welche Rolle für die weiterverarbeitenden Industriezweige die Kohlenpreise spielen. Und Herr v. Raumer hat in voller Uebereinstimmung mit den Reichskanzler den Versuch gemacht, der wucherischen Aufbauung der deutschen Kohlengemeinschaft durch das Kohlensyndikat einen Riegel vorzuschieben. Ueber die Art der Festsetzung der Bedenkenpreise, die augenblicklich leider unter dem Kommando einer Art von Gemeinwirtschaft geleistet wird, wird später einmal ausführlich zu sprechen sein. Auch über die eigentümliche Gebaudung der gewerkschaftlichen Interessen des gesamten Kohlenbergbaues mit Händlerinteressen, die die ganze Welt umspannen. Aber eine sei mir einmal festgestellt, daß der erste Versuch, die Festsetzung der Kohlenpreise unter Kontrolle zu nehmen, mit dem Sturz des Ministers geendet hat, der dieses Wagnis versuchte. Und von den Kohlenpreisen ging auch der Kampf gegen den Minister Hilferding aus. Aber Dr. Hilferding hat die Kohlenteuer als eine der wenigen ergiebigen Steuern, die dem Reichsfiskus noch übrig geblieben sind, nicht opfern wollen. Er hat mindestens für die Aufhebung dieser Steuer die Garantie verlangt, daß dann die Kohlen doch entsprechend billiger würden. Er hat die Kohleninteressenten noch auf andere Dinge hingewiesen, die im Argen liegen. Er hat vielleicht nicht opportun geheim. Und deshalb mußte er bekämpft werden.

Der Beschluß von Unna-Königsborn ist zwei Tage darauf vom Herrn Reichskanzler im Wortlaut zur Kenntnis gebracht worden. Er hat zu einer einstimmigen Entschließung der Fraktion Dr. Stresemanns geführt, an deren Formulierung er selbst mitgewirkt hat, dahingehend, daß in der gesamten Wirtschaft Deutschlands — wo notwendig und möglich — die Hinderrisse beseitigt werden müssen, die die Wiedereinführung der Arbeitszeit wie vor dem Kriege nicht gestatten. Das bedeutete, daß die Unternehmer Deutschlands ohne Polizeizwang, ohne einen für die Ernährung Deutschlands gefährlichen Zeitverlust in die Lage gekommen wären, die zur Vermehrung und Verbilligung der Produktion erforderliche Mehrarbeit durchzuführen. Der Wortlaut jenes Beschlusses ist indessen zwischen dem Herrn Reichskanzler und mir vereinbart worden.

Dieser Wortlaut gefiel indessen nicht allen Mitgliedern der Koalitionsparteien und wurde in der Folgezeit umgestoßen. Aus diesen Verhandlungen entwickelte sich nach meiner Kenntnis die Kabinettskrisis, die gewiß den Ausgang zu nehmen schien, daß Herr Dr. Stresemann ein rein bürgerliches Kabinett, und zwar mit solchen Herren bildete, die nach Vorbehalt und Vorbesprechungen voraussichtlich in der Lage waren, Deutschlands Wirtschaft aus dem Sumpf herauszuziehen, in dem sie sich heute befindet, und damit überhaupt erst eine erfolgreiche Außenpolitik zu ermöglichen.

Mehrere dieser Herren, wenn nicht alle, haben sich nicht entschließen können, das ihnen angetragene Amt anzunehmen, da sie nicht glaubten, in der vorgesehenen Zusammenstellung der Regierung das Maß von Autorität und Vertrauen in Nord und Süd und im Ausland zu haben, das unbedingt ist, wenn innen- und außenpolitisch mit Erfolg gearbeitet werden soll.

Ich lasse dahingestellt, ob dieser Entschluß sich in der Folgezeit als richtig erweisen wird und ob es nicht besser gewesen wäre, auch unter Herrn Dr. Stresemann die Arbeit zu versuchen. Die Herren, die gewohnt sind, nach großen Gesichtspunkten zu urteilen, und deshalb ihre Entschließungen zu fassen, werden wissen, warum sie — wie geschehen — entschieden haben.

Die Folge dieser Entschließungen ist das zweite Kabinett Stresemann in ziemlich unveränderter Form, mit Vollmachten oder besser Bindungen in der Wirtschaftsfragen, die hoffentlich eine schnelle, wirksame Arbeit nicht gestatten.

Ich konstatiere, daß das, was die angebliche „Diktatur Stinnes" wollte, den Absichten des Herrn Reichskanzlers und der gesamten Fraktion der Deutschen Volkspartei in der ersten Hälfte voriger Woche wohl entsprach, sich aber frei bewegen konnte, den Schwankungen und Wirren der letzten Tage.

Nun zum Fall des Herrn von Raumer.

Herr von Raumer ist dem Mangel an Homogenität des ersten Kabinettes Stresemann zum Opfer gefallen, nicht der Schwerindustrie.

Wenn Herr Bernhard in der „Vossischen Zeitung" und wenn die ihm nahestehenden Kreise sich der Wahrheit näher hätten, so konnten sie diese finden in den Aeußerungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", die ausführlich bei Rücktritts des Herrn v. Raumer in der Nr. 460 vom 4. Oktober schrieb:

„So ist der Reichswirtschaftsminister Dr. v. Raumer, der die Notwendigkeit gewisser wirtschaftlicher und sozialpolitischer Lösungen klar erkannt hatte, an der Verständnislosigkeit der Koalitionsmitglieder für die heimgehenden Aufgaben wirtschaftspolitischer Art gescheitert. Die Unmöglichkeit, gewisse produktionstechnische Probleme zur Lösung zu führen, hat ihn zu Fall gebracht."

Es ist zugegeben, daß Herr von Raumer bei seinen Ideenreichtum manchmal begeisterlich der Ausführung hinter dem Ordenken zurückbleibt, und daß er deswegen eine Kritik gegen sich gelten lassen muß. Er war aber der einzige Minister, der in den letzten Wochen überhaupt etwas Produktives geschaffen hat und der dabei, — insbesondere in seinem Kampfe gegen die weiteren Preiserhöhungen — gestützt und nicht bekämpft wurde von den Vertretern des Bergbaus und der Schwerindustrie. Das bewiesen die Beschlüsse vom 20. September in Unna.

Dafür ein weiterer Beweis: Auf Wunsch desjenigen Mitglieds der Deutschen Volkspartei, das in den Vorbesprechungen bestimmt war, die Stellung der Fraktion zu den wirtschaftlichen Fragen im Reichstag zu vertreten, habe ich meine Ausführung zu den bemerkungen Bernhard bemalt, d. h. am 29. September, also noch vor dem Beschluß von Unna-Königsborn, schriftlich niedergelegt. Ich hatte dort unter anderem Programmpunkten ausgeführt, daß meiner Meinung nach „Institutionen aller Art, zentrale Tarifverträge oder Syndikate, soweit sie die Wirkung haben, die Produktion zu verteuern, die Ausfuhr zu behindern, mindestens vorübergehend zu beseitigen und zu verbessern sind."

Ich verweise auf diese Stellungnahme zur Frage der Syndikate und Kartelle, weil dieser Punkt sich in der Rede des Herrn Reichskanzlers wiederfindet, und also von mir, den man als typischen Vertreter der Schwerindustrie hinzustellen pflegt, übersandt erst vor dem Herrn Reichskanzler und vor seiner Fraktion zur Diskussion gestellt worden ist.

Was soll man aber zu den Funktionieren der Reichskriegsfestelle und zu der sonst so prompt und wohl informierten Kanzlerpresse sagen, wenn man feststellen muß, wie man wohl geistige Anleihen bei ausländischen Exponenten der Schwerindustrie macht, aber kaum zulässt, daß sie tendenziös und falsch ausgelegt werden.

Der Herr Reichskanzler hat durch Bildung der Großen Koalition am 14. August eine politische Notwendigkeit erfüllt und großen Mut gezeigt, für den ihm das deutsche Volk Dank zollen muß, denn es gehörte Mut dazu, gegen die Empfindungen des Volkes, gegen die Stimmung zu beenden, der finanziell nicht mehr zu halten war und außerpolitisch keinen Nutzen mehr bringen konnte. Die Tatsache, daß er Notwendigkeit, diesen Kampf aufzugeben, trägt Herr Stresemann nicht, sondern das vorige Kabinett, insbesondere der Finanzminister Herr Hermann, der eine Notwendigkeit, die sich aus der Devisenpolitik betrieben hat, ohne rechtzeitig die Mehrarbeit im unbesetzten Deutschland zu ermöglichen, die allein ermöglicht hatte, die Devisen für das besetzte zu schaffen.

Nahm Herr Dr. Stresemann in der Außenpolitik dies große Odium auf sich, so mußte sein Kabinett innerpolitisch um so fruchtbarer sein.

An dem Sonntag der ersten Kabinettssitzung ist Herr Dr. Stresemann von mir darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Bestand seines Kabinetts davon abhänge, ob er in der Lage sei, die innerpolitischen Bedürfnisse und Notwendigkeiten in außerordentlich kurzer Frist zu erfüllen, auch gegen die Doktrinen der Sozialdemokratie. Hierin hat das Kabinett Stresemann seiner Aufgabe sich gewachsen gezeigt, und die Kreise in Wirtschaftsfragen, verfügt hat, namentlich nachdem mit Carl Legien der Mann gestorben ist, der Mut und Autorität genug besaß, um bei den Massen auch etwas Unpopuläres zur Durchführung zu bringen.

Deutschland befindet sich in akuter Lebensgefahr. Es handelt sich um Leben oder Sterben großer Teile des deutschen Volkes. Experimente sind nicht am Platz. Deshalb ist es doppelt bedauerlich, daß es nicht möglich gewesen, die Männer zu gewinnen, die eine einigermaßen sichere Gewähr für die sofortige Durchführung der unbedingt notwendigen Reformen geboten hätten.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Goldmarkt.

	8. 10.	9. 10.		8. 10.	9. 10.
Tägl. Geld	4½ %	nom.	Brlinn	—,—	5,00
Berlin	0,00000013	0,00000013	Amsterd.	39,51	39,27
	0,00000013	0,00000013	Spanien	—,—	17,85
Mailand	0,00000014	0,00000016	Schweiz	17,57	17,53
Madrid	0,00000011	0,00000011	Prag	2,96	3,06
Amsterdam	—,—	—,—	Budapest	—,—	4,40
Kopenh.	4,55,50	4,55,12	Kopenh.	—,—	13,48
Lond. Gold	4,52,25	4,51,75	Wien		
Paris	5,59	5,50	Lond. Gold	634	634

Englands „Ruhrpolitik" auf der Reichskonferenz

Feste Haltung nicht zu erwarten.

A. London, 8. 10. (Eigenbericht)

Die Reichskonferenz verhandelte heute Vormittag in breitüindiger Eigenart über die auswärtige Politik. Die Beratungen wurden nachmittags fortgesetzt. In der Presse dauern die Auseinandersetzungen über die Bedeutung der Rede Lord Curzons und über die künftige Haltung Englands fort, ohne daß es jedoch notwendig wäre, auf diesen Streit der englischen Parteiblätter näher einzugehen. Tatsache ist, daß es eine bestimmte Ruhrpolitik der englischen Regierung überhaupt nicht gibt, und daß angesichts der bevorstehenden inneren Gegenlage in nächster Zeit eine feste Haltung Englands auch nicht zu erwarten ist.

Präsident Coolidge für eine Sachverständigenkonferenz.

A. London, 8. 10. (Eigenbericht). „Daily Telegraph" meldet aus New York, Präsident Coolidge stimme durchaus mit der Regierung Lloyd Georges überein, daß die Reparationsfrage durch wirtschaftliche Sachverständige geregelt werden solle.

Lloyd George hat sich infolge Heiserkeit und allgemeiner Ermüdung entschließen, weitere Reden vorläufig abzusagen.

Belgischer Optimismus.

S. Paris, 8. 10. (Eigenbericht). Der „Intransigeant" meldet aus Brüssel, der Chef der belgischen Wirtschaftskommission im Ruhrgebiet, Generalrat Jodoe mit Theunis und Jaspar über die augenblickliche Lage im Ruhrgebiet eine längere Besprechung gehabt. Es scheint sich außerordentlich optimistisch. Theunis wollte Wiederaufnahme der Arbeit sich auch augenblicklich noch nicht bemerkbar mache, so bringe doch mit der großen Unsicherheit für die nächste Zukunft zusammen. Außerdem warteten die deutschen Eisenbahner auf den endgültigen Beschluß aus Berlin zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Zwei Deutsche erschossen.

Paris, 8. 10. Radio meldet aus Düsseldorf: An der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober kam es gegen Mitternacht zwischen Arbeitern der Grube Dunnebeil, 2 Kilometer westwärts von Bochum unter denen sich einige Franzosen befanden, und deutschen Polizisten zu einem Zusammenstoß, zwei Deutsche wurden durch Pistolenschüsse und ein Franzose durch einen Knüppelschlag auf den Kopf getötet.

300 Millionen geraubt.

bd. Köln, 8. 10. (Eigenbericht). Die Franzosen haben in Wahnsdorf von einer D-Zug-Lokomotive 300 Millionen Mark weg genommen. Die Lokomotive wurde nach Düsseldorf gefahren und der Lokomotivführer zunächst verhaftet. Angeblich ist er wieder freigelassen worden.

Auf dem Finanzgebiet hat die Koalitionsregierung in ihren ersten sieben Wochen vollständig versagt. Der Finanzminister Hilferding hinterläßt folgende Bilanz: Bei seinem Amtsantritt stand der Dollar 5 Millionen, heute fast 1 Milliarde. Die schwebende Schuld des Reiches ist unter seiner Amtsführung von 40 000 auf 47 000 Billionen gestiegen. Herr Hilferding hat gar nichts getan, um diesem Finanzelend entgegenzutreten.

Was soll man weiter gesehen? Als die bisher einzige Sparsamkeitsmaßnahme zeigt man uns die Aufgabe des passiven Widerstandes. Damit hat der Kanzler eine grundsätzliche Änderung der Steuergesetzgebung und des Verhältnisses von Reich und Ländern angekündigt. Was der Kanzler in dieser Begleitung erklärt, hat unsere vollste Zustimmung. Es kommt aber nicht auf das Bekenntnis zur Sparsamkeit, sondern auf Taten an.

Wir sind von starkem Mißtrauen erfüllt, daß unter der Leitung der Sozialdemokratie eine wuchernische Regierung der Arbeiter und Angestellten sich wird. Man will diese Frage ja jetzt von der Gemäßigung abtrennen. Die Fähre ist sofort: Wir wollen nicht geneigt sein, ein Spiel mit wechselnden Mehrheiten auf diesem Boden mitzumachen. Die Sozialdemokratie im Land schreiben das Notwendige geben wird, geht aus ihrer grundsätzlichen Einstellung hervor. Wir sind grundsätzlich mit dem Prinzip des Ermächtigungsgesetzes einverstanden, können aber dieser Regierung und dieser Koalition sie nicht anvertrauen.

Dann geht der Redner auf die auswärtige Politik ein. Er sagt: Es ist nicht ein Vorwurf gegen den Reichskanzler, daß er sich bei der Aufgabe des passiven Widerstandes von Zitionen nicht leiten lassen, denn er hat sich von Anfang an sehr pessimistisch über Verhandlungs- und Verständigungsmöglichkeiten geäußert. Es ist nicht richtig, daß England nur gegenüber die Rechtsdurchgleit der Ruhrbesetzung gewesen ist, nein, in einer formellen Note ist das geschehen, und wenn Reichskanzler Dr. Stresemann den Protest gegen diese Gewaltpolitik in Form der Note ablehnt, so geschieht in Form übernommen hat, so ist das für ihn charakteristisch und bildet den geraden Gegensatz zu seinem Vorgänger. Der Sinn der Stresemann-Politik war, daß

der Faden mit England abgerissen ist.

Ich stimme dem Kanzler zu, daß wir aus dem Verlegen des Widerstandes der Bevölkerung im Rhein und Ruhr keinen Vorwurf machen können. Zum Gedanken des passiven Widerstandes stehen wir anders als Dr. Helfferich. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben versucht, den Kampf an Rhein und Ruhr zu einem rein wirtschaftlichen Kampf zu machen. In dieser Weise geführt, hat der passive Widerstand, mußte er auf die Dauer versagen schon wegen der Passivität. Wir haben deshalb immer verlangt, daß der passive Widerstand allmählich zur Aktivität übergehen sollte.

Wir wollen den Abbruch aller Beziehungen zu Frankreich.

Wir gehen den weiteren Einwurfs der heiligen Unverletzung durch eine neue Aktivität hat. (Kanzl finde: Sie wollen also den Einmarsch der Franzosen!) Um der nationalen Zukunft willen treiben wir unsere Politik in einer geraden Linie. Wir lehnen daher jede Teilnahme an einer Unterwerfung irgendwelcher Art ab. Aus dieser unserer Haltung wird die nationale Zukunft des deutschen Volkes hervorgehen, und das deutsche Volk wird daraus einmal die Kraft und den Willen finden, auch eigener Kraft sich die Freiheit zu erkämpfen.

Rechte und Kanzler.

Im Mittelpunkt der gestrigen ausgedehnten großen Reichstagsdebatte, die vor im übrigen auf der 2. Seite wiedergegeben, stand das folgende Wortgefecht zwischen Graf Westarp und dem Reichskanzler.

Abg. Graf Westarp (Dnat.)

erklärt, er müsse die große Koalition mit einem anderen Wort ersetzen als mit der Vorredner: Nahr ihr Euch wieder, schwankende Gestalten! (Heiterkeit.) Geradezu Hohn und Spott fordert das heraus, was wir in der letzten Woche erlebt haben; darüber hinaus aber auch Schamund Empörung. Wenn irgendwo der Parlamentarismus versagt hat, so hier in der letzten Woche vorgegangen. Der Kanzler hat davon gesprochen, daß die Wirtschaft, nicht aber der Parlamentarismus versagt habe, und er hat dieser Behauptung damit Variiert, daß führende Männer des Wirtschaftslebens sich dem Staat nicht zur Verfügung gestellt hätten. Dieser Vorwurf, in dieser Form in den jetzigen Augenblick ausgesprochen, trifft nicht den Kern der Dinge. Wenn trotzdem führende Männer des Wirtschaftslebens sich versagt haben, so haben sie sich versagt gegenüber der Parteiliste und gegenüber dem Parlamentarismus und gegenüber dem Herrn Stresemann als Reichskanzler der Träger der jetzigen Koalition ist, in der die Sozialdemokraten eine hervorragende Rolle spielen. Daß

der Ruf nach einer Diktatur

durch das ganze Volk geht, wird auch der Reichskanzler nicht bestreiten, um so weniger, als ja auch er und seine Koalitionsvertretung in dem Ermächtigungsgesetz eine Art Diktatur haben will, womit er selbst anerkennt, daß der parlamentarische Apparat versagt.

Diese Koalition wird sich nicht mehr lange halten. Der Gegenstand, der zur Sprengung der Koalition führen muß, ist überhaupt nicht in der Krise zur Sprache gekommen: die Frage, **wie man sich zu Frankreich verhalten und was die Gegner sein wird, an der die deutsche Reichspolitik entzündet hat.**

Grade in dieser Frage wird die große Koalition, das lagen wir voraus, nicht mehr zusammenhalten können. Unsere Haltung in der vergangenen Woche und auch in der Zukunft ist klar und einheitlich. Wir verlangen die Lösung der Regierung von der Sozialdemokratie. Der vorherrschende Einfluß der Sozialdemokratie, den wir bis jetzt in allen Regierungen der Republik gemerkt haben, muß geändert werden. Wir haben die Ueberzeugung, daß Deutschland und ganz Mitteleuropa Kreise eine richtige Politik geführt werden kann. In unserem Aktionsprogramm von Ende August haben wir ja für nötig erklärt, eine Regierungsstelle zu schaffen, die unabhängig vom Parlamentarismus die Geschäfte des Staates führt. Der bereitigen Regierung können wir eine solche Vollmacht nicht erteilen. Wir wissen, daß jetzt bitter torische Befugnisse einer Regierung nicht mehr zu umgehen sind, und daß sie in die Hand von Militärbehörden gelegt werden müßten.

Die Verordnung, des Reichspräsidenten über den Belagerungszustand, deren Aufhebung wir beantragen, entspricht dieser Forderung nicht, weil sie nicht eine vom Parlament unabhängige diktatorische Gewalt gibt, sondern nur eine Vollmachtsliste schafft, die gerade von dieser Koalition abhängig ist.

Auf dem Finanzgebiet hat die Koalitionsregierung in ihren ersten sieben Wochen vollständig versagt. Der Finanzminister Hilferding hinterläßt folgende Bilanz: Bei seinem Amtsantritt stand der Dollar 5 Millionen, heute fast 1 Milliarde. Die schwebende Schuld des Reiches ist unter seiner Amtsführung von 40 000 auf 47 000 Billionen gestiegen. Herr Hilferding hat gar nichts getan, um diesem Finanzelend entgegenzutreten.

Was soll man weiter gesehen? Als die bisher einzige Sparsamkeitsmaßnahme zeigt man uns die Aufgabe des passiven Widerstandes. Damit hat der Kanzler eine grundsätzliche Änderung der Steuergesetzgebung und des Verhältnisses von Reich und Ländern angekündigt. Was der Kanzler in dieser Begleitung erklärt, hat unsere vollste Zustimmung. Es kommt aber nicht auf das Bekenntnis zur Sparsamkeit, sondern auf Taten an.

Wir sind von starkem Mißtrauen erfüllt, daß unter der Leitung der Sozialdemokratie eine wuchernische Regierung der Arbeiter und Angestellten sich wird. Man will diese Frage ja jetzt von der Ermächtigung abtrennen. Die Fähre ist sofort: Wir wollen nicht geneigt sein, ein Spiel mit wechselnden Mehrheiten auf diesem Boden mitzumachen. Die Sozialdemokratie im Land schreiben das Notwendige geben wird, geht aus ihrer grundsätzlichen Einstellung hervor. Wir sind grundsätzlich mit dem Prinzip des Ermächtigungsgesetzes einverstanden, können aber dieser Regierung und dieser Koalition sie nicht anvertrauen.

Dann geht der Redner auf die auswärtige Politik ein. Er sagt: Es ist nicht ein Vorwurf gegen den Reichskanzler, daß er sich bei der Aufgabe des passiven Widerstandes von Zitionen nicht leiten lassen, denn er hat sich von Anfang an sehr pessimistisch über Verhandlungs- und Verständigungsmöglichkeiten geäußert. Es ist nicht richtig, daß England nur gegenüber die Rechtsdurchgleit der Ruhrbesetzung gewesen ist, nein, in einer formellen Note ist das geschehen, und wenn Reichskanzler Dr. Stresemann den Protest gegen diese Gewaltpolitik in Form der Note ablehnt, so geschieht in Form übernommen hat, so ist das für ihn charakteristisch und bildet den geraden Gegensatz zu seinem Vorgänger. Der Sinn der Stresemann-Politik war, daß

der Faden mit England abgerissen ist.

Ich stimme dem Kanzler zu, daß wir aus dem Verlegen des Widerstandes der Bevölkerung im Rhein und Ruhr keinen Vorwurf machen können. Zum Gedanken des passiven Widerstandes stehen wir anders als Dr. Helfferich. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben versucht, den Kampf an Rhein und Ruhr zu einem rein wirtschaftlichen Kampf zu machen. In dieser Weise geführt, hat der passive Widerstand versagt, mußte er auf die Dauer versagen schon wegen der Passivität. Wir haben deshalb immer verlangt, daß der passive Widerstand allmählich zur Aktivität übergehen sollte.

(Lebhafter Beifall rechts, anhaltender Lärm und Zischen links.)

Reichskanzler Dr. Stresemann

ergreift das Wort zu einer mit großer Schärfe und bemerkenswerter Erregung gehaltenen Antwort an Graf Westarp.

Graf Westarp hat ihm eröffnet Scham und Empörung über die letzte Woche. (Meine Herren! (Zu der Rechten) Ich mir sie nicht in das Feuer hineinbemühen? Gerade in dieser Zeit, wo es sich darum handelte, daß wir nicht eine langen Regierungslose Zeit haben, dürfte man nicht die Parteiinstinkten jeden Tag kommen. Graf Westarp sagt, er hoffe, daß die Koalition zusammenbreche an dem Widerspruch in sich in bezug auf das Verhalten zu Frankreich. Ich sagt: Die Hoffnung Ausdruck geben, daß die Koalition zusammenbricht an Frankreich; also die Hoffnung, daß der Frieden erloschen würde, gibt gerade die Möglichkeit einer neuen Krisis und einer neuen Regierungsbildung, also gerade das, was Sie scharf kritisieren, wenn Sie gegen den Parlamentarismus kämpfen. Auch ich würde es viel lieber sehen, wenn ein Ermächtigungsgesetz nicht nötig wäre. Aber Sie selbst haben mich leider zu diesem Weg gezwungen, weil Sie plötzlich bei der Bildung der Koalition in Opposition zu treten gegen die Steuern, die Sie selbst mit bewilligt hatten. Wir müssen und haben gerechnet, daß wir bei allen den Beschlüssen anzusehen und nicht die jeweilige Regierungskombination.

Wenn man doch einmal beginnen würde, was man in der Praxis meint und nicht in der Theorie. Man spricht von konstitutionellen Maßnahmen und Diktatur, aber an Polizeiwaffen gewaltsam. Der Maßnahmen, Sicherheit und Ordnung zu schaffen. Entgegenstellen werden auch Eingriffe in das Eigentum und an Polizeiwaffen gewaltsam, aber in einer Weise beseitigt die Gefahr, daß diese Eingriffe der Privatwirtschaft gefährlich werden könnten.

Nach meiner Meinung beginnt der Gegensatz zwischen Politik und Staatskunst da, wo man auch einmal

das Odium der Unpopularität

auf sich nimmt um des größeren Gutes willen. Tatsächlich ist die Koalitionspolitik die einzige Realpolitik, die in Deutschland getrieben werden kann, solange Sie auf verfassungsmäßigem Boden das Deutschland regieren wollen. (Abg. Graf Westarp: Also immer mitlaufen!) Ich glaube, Sie wurden ganz gerne mitlaufen, wenn Sie einen haben würden. (Stürmische Heiterkeit und Zustimmung im Hause und auf den Zuhörern.)

Graf Westarp hat erklärt, daß er grundsätzlich das Ermächtigungsgesetz für notwendig hielt. Nun bitte ich Sie, Graf Westarp, helfen Sie mir doch einmal dieses Gesetz erlassen. Wie wäre die erforderliche Zweidrittelmehrheit für dieses Gesetz überhaupt zustandegekommen, wenn Sie jede Zustimmung von sich aus der Zweidrittelmehrheit versagen? (Abg. Graf Westarp: Der Reichstag entscheidet! Ich glaube, daß bei allen den Beschlüssen, die wir gegenwärtig haben, auch noch das letzte Kampf in die besetzten Gebiete getragen werden sollte. Sie scheuen jedes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ab. Wenn das wirklich ihre Auffassung geworden ist und immer bleiben soll, so müssen Sie ihren Stand einnehmen in das Land. Wir haben auch nach dem Kriege den Kampf geführt um deutsches Land. Wir können ihn nicht führen mit Waffen, aber wir können ihn führen mit der

Einheit des deutschen Volkswillens.

Wir hatte die, die vor den Wahlkampfen in Oberschlesien, in der Ostmark. Da ist die Sozialdemokratie ebenso für das Deutschtum eingetreten, wie die große Volkspartei. Wenn wir hier Zynismus abgelegt: Ich gehöre zu diesem Lande!

Graf Westarp, ich bedauere ganz außerordentlich, daß Sie Worte ausgesprochen haben in bezug auf das Recht der Zurückweisung des deutschen Botschafters, die gerade Kaiserpaust hätten können. Wir müssen vom deutschen Volke verlangen, daß es sich mit Begeisterung begeistern läßt, sonst haben wir manche Chaos.

Mit der Schaffung einer neuen Währung aus diesem chaotischen Chaos herausgekommen, haben wir jedoch ungeheure Schwierigkeiten. Eine Regierung, die sich des Risikos bewußt ist, das sie übernimmt, bedarf jedoch einiger Zeit der Ueberlegung, um sich über ihren Weg klar zu sein. Wer den Vorwurf irgendwelcher unrechtlicher Eingriffe leiste ich ganz entschieden ab. Es ist eine durchaus unrichtige Behauptung, daß wir diese Eingriffe gemacht mit Franzosen allein herbeiführen wollten ohne England. Ich wiederhole es noch wie vor als meine Auffassung, daß ich wie eine politische Lösung der Reparationsfrage nicht auf dem Wege einer einseitigen Berlindiplomat vorzustellen vermag.

Ich bitte die, die vor der Illusion zu bewahren, als wenn die Regierung sich dadurch Gnadenbrot verschenkt hätte, daß sie den Sozialdemokraten im Hause schweigen soll. Wenn Sie bedauern sprechen, daß die Reden hier abgerissen seien, weil wir eine Formel für die Aufgabe des passiven Widerstandes gefunden haben, welche Gegenerlegungen vorhalt.

Man hat in Frankreich verstanden, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes

keine Anerkennung für den Einbruch

und für den Bruch des Vertrages ist; daß wir nicht anerkennen, was die französische Regie tut, nicht die ganzen Verhältnisse, daß sie sich hier wickelt haben. An dieser Auffassung wird nichts geändert.

Nun sagt Graf Westarp, es sei zu schließlich in meiner Rede nicht die Frage zum Ausdruck gebracht worden, ob denn der Abbruch des passiven Widerstandes, jetzt wenn man ihn aufhimmelt, nicht begleitet sein sollte von dem Bruch mit Frankreich. Ich habe auch in der Kritik der „D. A." gelesen, daß wir Beziehungen zu dem Abbruch des Widerstandes gesprochen, von besser Notwendigkeit doch jedermann überzeugt gewesen sein. Denn, gnädige Frau, die Frage der Verwirklichung ist nicht darüber einig gewesen, denn sein ich aber meiner der Meinung, daß bisher Entschluß der Reichsregierung, der bei seiner der Ausführung ist eine Phase der Entwicklung, in der wir einen Bereich erlitten haben, wie ihn so großer Bedeutung sein kann, in seiner Wirkung nach außen und innen, daß es nur zweckmäßig notwendig erscheinen, daß die Regierung dazu veranlaßt haben, in voller Oeffentlichkeit nicht nur dem Inlande, sondern auch dem Auslande die Tatsachen zu sagen.

Bisher hatte sich Frankreich auf den Standpunkt gestellt, es verbunden mit Deutschland nicht, solange der passive Widerstand aufrechterhalten bleibe.

Es ist vielleicht für die große Oeffentlichkeit lehrreich zu erfahren, aber es g